

Verantwortliche

Vorstände Uwe Eckert, Bernhard Kemmerling, Daniel Kuny, Rolf Rode

Geschäftsführer: Daniel Kuny

Zweck der Verarbeitung

1. Interessentenverwaltung
2. Abwicklung der Vermietung und Wohnungsbewirtschaftung
3. Abrechnung und buchhalterische Erfassung von Miete, Nebenkosten, Mahnwesen

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Rechtfertigung

1. Verträge: Mitgliedschaft, „Mietvertrag, Wohnungsangebot
2. Gesetzte: Genossenschaftsgesetz, Betriebs- und Heizkostenverordnung und weitere Gesetze im Rahmen des Mietrechtes, HGB und Steuergesetze im Rahmen der Buchhaltungspflichten

Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

1. Intern
 - Geschäftsführung
 - Weitere Abteilungen des Unternehmens, die weitere Abteilungen des Unternehmens, die mit der Verarbeitungstätigkeit bzgl. der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertragsverhältnis beauftragt sind
 - Aufsichtsrat bzw. für Prüfungszwecke von diesem beauftragte sachverständige Dritte.
 2. Extern
 - Wirtschaftsprüfer, Steuerberater
 - Rechtsanwälte, Inkassounternehmen, Auskunftsdienste wie Creditreform
 - IT-Dienstleister, externe IT-Administratoren, ERP-Systemhersteller etc.
 - Messdienstleister, Fremdadrechnung von Betriebskosten
 - Handwerksbetriebe im Rahmen von Instandhaltung und Modernisierung
 - Hausmeister bzw. Hausmeisterservice
 - Banken und Versicherungen
 - Energieversorgungsunternehmen
- Ämter und Behörden: Finanzamt, Bundeszentralamt für Steuern, Landratsamt, Arge/Jobcenter
Gemeinde, Gerichte,

Informationspflicht gemäß Artikel 13 DSGVO

Bereich Vermietung

Baugenossenschaft Grenzach-Wyhlen eG

Markgrafenstrasse 40

79639 Grenzach-Wyhlen



Fassung vom 15. Mai 2018

Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

Eine solche Übermittlung erfolgt nicht und ist nicht geplant.

Nach Artikel 13 Abs. 2 DSGVO zur Verfügung zu stellende Informationen

1. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht auf:

- 1.1 Auskunft über Ihre gespeicherten und verarbeiteten personenbezogenen Daten
- 1.2 Berichtigung Ihrer hinterlegten personenbezogenen Daten
- 1.3 Löschung Ihrer nicht mehr benötigten Daten
- 1.4 Einschränkung der Nutzung Ihrer Daten
- 1.5 Widerspruch (speziell bei zuvor gegebenen Einwilligungen)
- 1.6 Datenübertragbarkeit

2. Speicherdauer

- 2.1 Daten aufgrund von Vertragsanbahnung werden gelöscht, wenn es nicht zu einem Vertragsabschluss kommt und gesetzliche Aufbewahrungs- bzw. Nachweisfristen der Löschung nicht entgegenstehen.
- 2.2 Während des bestehenden Vertragsverhältnisses erfolgt die Speicherung nach den gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften.
- 2.3 Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses erfolgt die Löschung nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften, bzw. zum Nachweis des Beschäftigungsverhältnisses und bestehender Rentenansprüche im Interesse des Arbeitnehmers ggf. auch bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter.

3. Widerruf bei Einwilligung

Erfolgt die Speicherung Ihrer Daten aufgrund Ihrer Einwilligung, können Sie die Einwilligung widerrufen. Die Speicherung Ihrer Daten erfolgt auf vertraglicher Grundlage bzw. aufgrund einer Vertragsanbahnung. Eine Einwilligung liegt in solchen Fällen nicht vor.

4. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

- 4.1 Gemäß Artikel 77 DSGVO haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO oder das BDSG verstößt.
- 4.2 Beschwerden richten Sie sich bitte an:
Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstr. 10a
70173 Stuttgart
Telefon: 0711/6155410
E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

5. Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten und die Folgen der Nichtbereitstellung

Die Bereitstellung ihrer personenbezogenen Daten ist für die Durchführung des Vertragsverhältnisses erforderlich bzw. wir sind gesetzlich verpflichtet diese Daten zu erheben. Ohne diese Daten können wir den Vertrag nicht abschließen oder durchführen. Soweit gesetzliche Verpflichtungen zur Erhebung dieser Daten bestehen, würden wir einen Gesetzesverstoß begehen, der ggf. straf- oder bußgeldbewehrt wäre.

6. Automatische Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung erfolgt nicht.

Stand: 15-05-2018